



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

18. Januar 2019

Wochenbericht KW 3

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 32 % bzw. 30 %, SPD bei 15 % Grüne bei 19 % bzw. 18 %, AfD bei 14 % bzw. 12 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen Aufgaben teils deutlich positiver Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Mehr Bürger sehen Entwicklung im Land positiv Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, gleichzeitig deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Diesel-Skandal
Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	32 (-)	30 (-1)
SPD	15 (-)	15 (-)
FDP	9 (+1)	8 (-)
DIE LINKE	8 (-1)	9 (-)
B'90/Grüne	19 (-)	18 (-)
AfD	12 (-)	14 (-)
Sonstige	5 (-)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.	10.-16.01.

Die Union liegt bei forsa 17 (-) und bei Emnid 15 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	47 (-)
Nahles	12 (+1)
Kramp-Karrenbauer	42 (-2)
Scholz	23 (+2)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 35 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 19 (-4) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (20.01.2019)

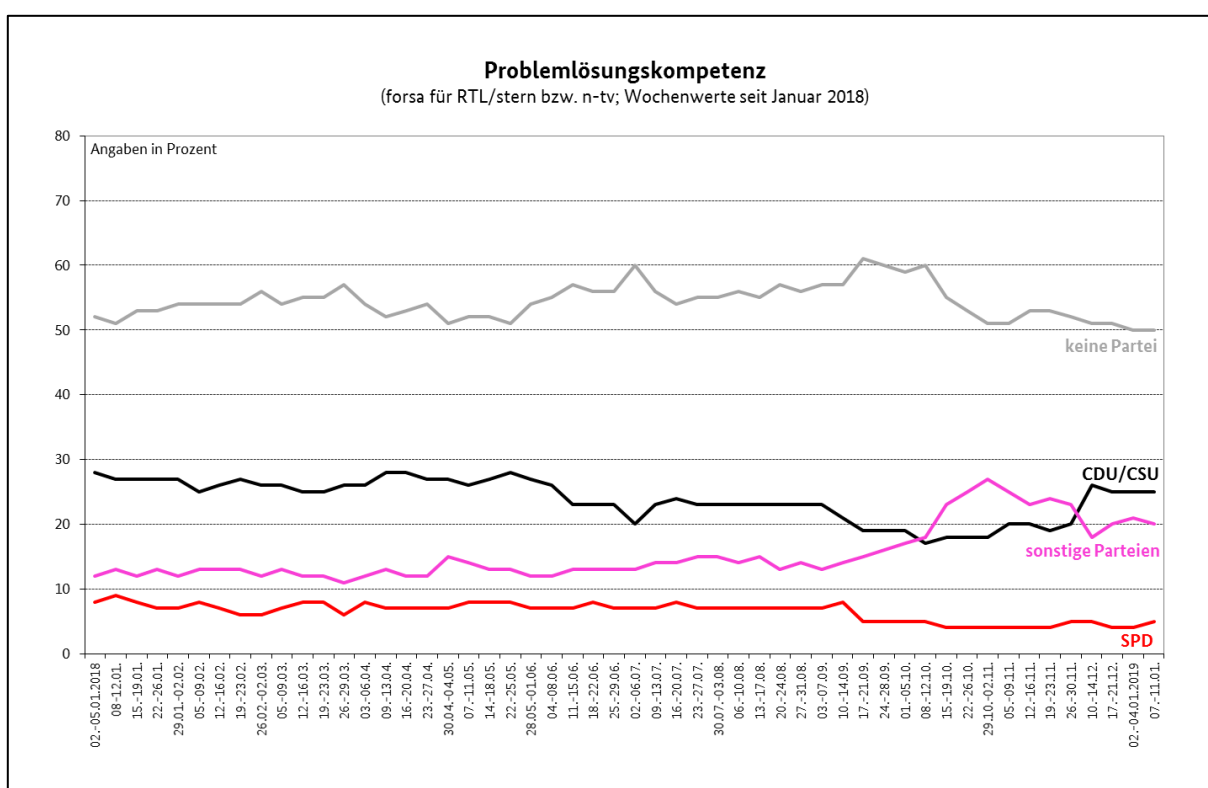
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	25	(-)
SPD	5	(+1)
sonstige Parteien	20	(-1)
keine Partei	50	(-)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 20 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Jeder Zweite (-) traut die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Januar 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	75 (-)	23 (-)	2 (-)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	71 (+2)	27 (-)	2 (-1)	0 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	68 (-1)	29 (+2)	2 (-1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (-7)	32 (+7)	3 (-)	1 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	61 (neu)	33 (neu)	4 (neu)	1 (neu)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (-4)	37 (+2)	5 (+2)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	55 (-)	40 (+3)	5 (-2)	0 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-6)	41 (+5)	6 (+2)	0 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-4)	45 (+4)	8 (+2)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (-)	42 (-1)	10 (+1)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+3)	37 (-)	13 (-3)	4 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (-)	49 (+5)	11 (-)	2 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	38 (-3)	48 (+4)	12 (-)	1 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (-4)	49 (+1)	14 (+3)	1 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (-3)	48 (+6)	14 (-1)	4 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (+1)	50 (-)	15 (+2)	2 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33 (-3)	49 (+3)	10 (-1)	6 (-1)
neue Technologien fördern	32 (-3)	53 (+6)	12 (-1)	2 (-1)
Staatsschulden begrenzen	26 (-)	50 (-)	19 (-1)	4 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (+5)	54 (-4)	19 (-1)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	23 (-7)	58 (+2)	17 (+5)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22 (-)	59 (+2)	16 (-)	2 (-2)
Erhebungszeitraum	09.-15.01.2019			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird besonders oft von 40- bis 49-Jährigen (86 %), unter 30-Jährigen (81 %) sowie von Anhängern der FDP (89 %) und der Linkspartei (86 %) als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" wird von Personen mit mittlerer formaler Bildung (82 %), 40- bis 49-Jährigen (79 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (82 %) und der Union (76 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen.

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Januar 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	69 (+3)	22 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	68 (-)	25 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	66 (-)	27 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	66 (-)	30 (-1)
Staatsschulden begrenzen	60 (-1)	33 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (-)	38 (+2)
neue Technologien fördern	59 (+7)	33 (-6)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+4)	39 (-3)
Verbraucherschutz stärken	54 (+5)	38 (-3)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	50 (+4)	46 (-3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	48 (+8)	49 (-9)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+6)	48 (-7)
für bezahlbare Strompreise sorgen	44 (+4)	49 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	44 (+11)	54 (-10)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (-7)	51 (+9)
Energiewende zügig vorantreiben	41 (+3)	53 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (+3)	56 (-4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (+6)	60 (-5)
Bedingungen der Pflege verbessern	32 (+6)	64 (-7)
Altersversorgung langfristig sichern	32 (+4)	64 (-5)
Steuerlast gerecht verteilen	28 (+5)	66 (-6)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	23 (neu)	72 (neu)
Erhebungszeitraum	09.-15.01.2019	

In 10 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist in vielen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gestiegen. Dies gilt besonders für die Bereiche "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (+11 Prozentpunkte), "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" (+8 Prozentpunkte) und "neue Technologien fördern" (+7 Prozentpunkte). Im Politikfeld "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" verringert sich dagegen der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut einstuft, um 7 Prozentpunkte.

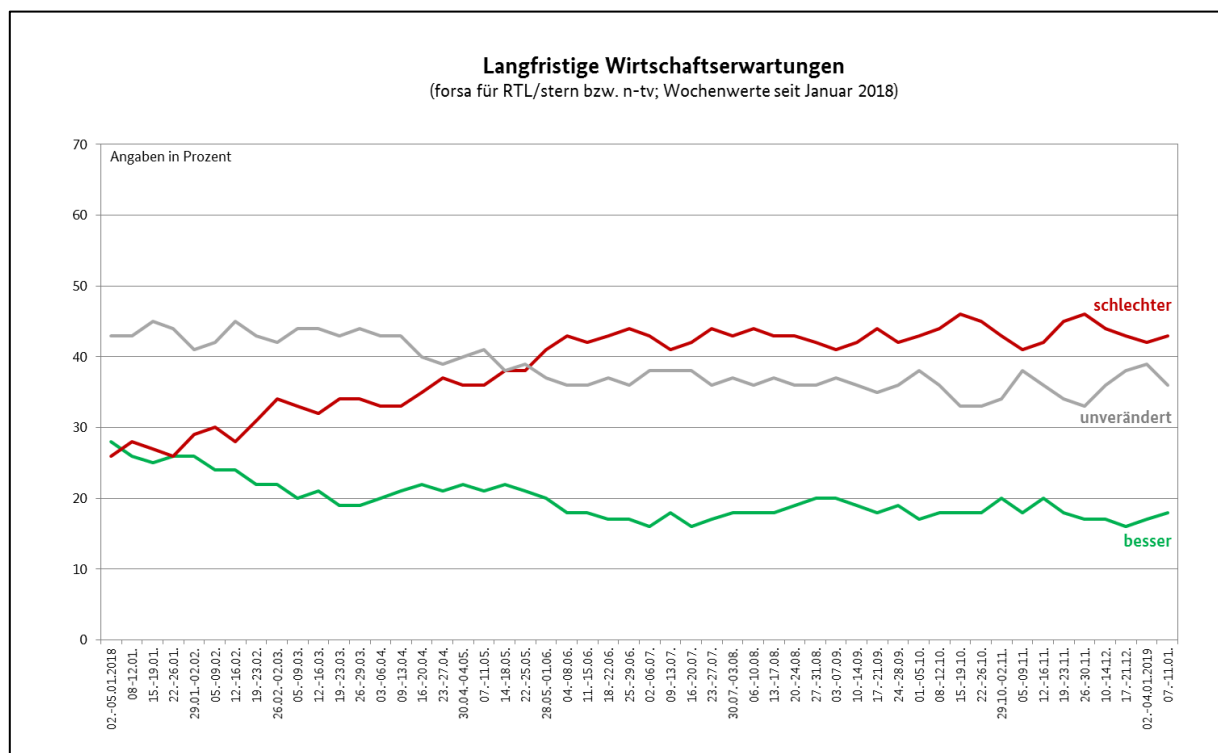
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(+1)
schlechter	43	(+1)
unverändert	36	(-3)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 25 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



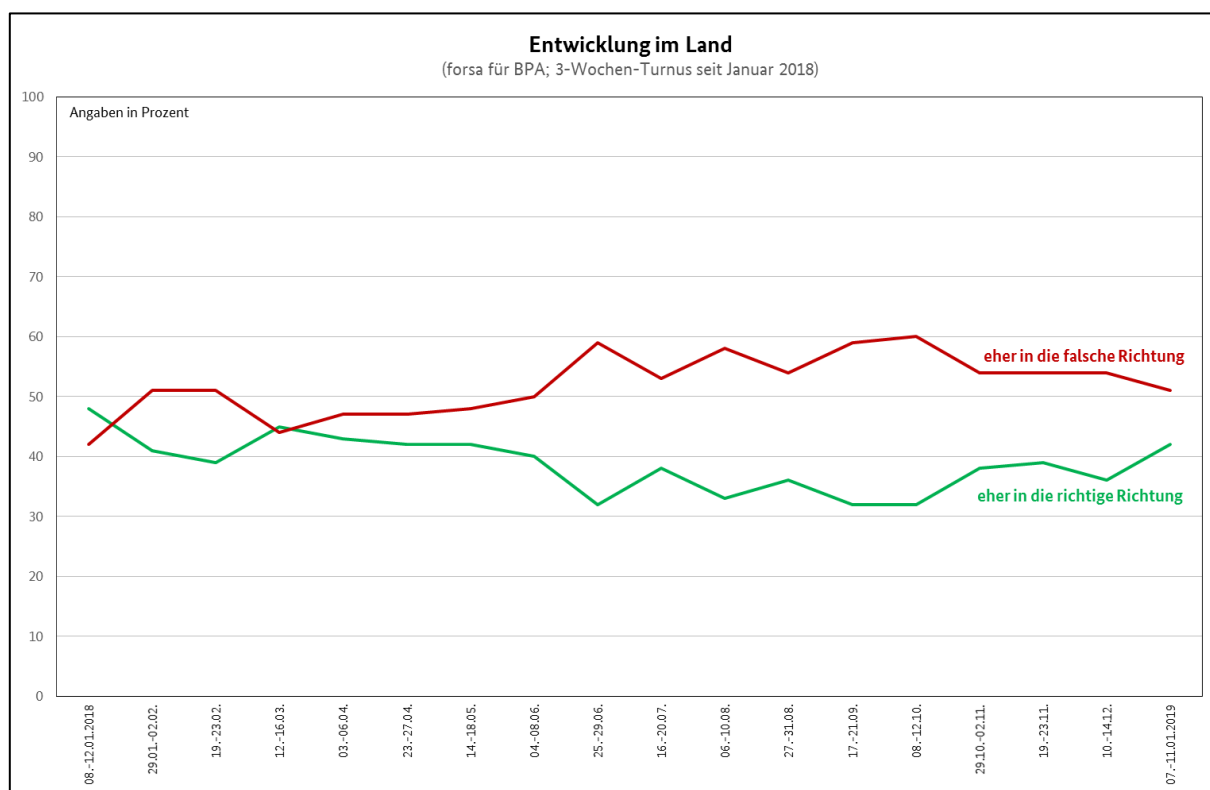
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2018

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	42 (+6)
eher in die falsche Richtung	51 (-3)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der Union, der SPD (jew. 58 %) und der Grünen (51 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (47 % zu 36 %).

Für 30- bis 59-Jährige (57 %) sowie für Anhänger der AfD (91 %) und der Linkspartei (62 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

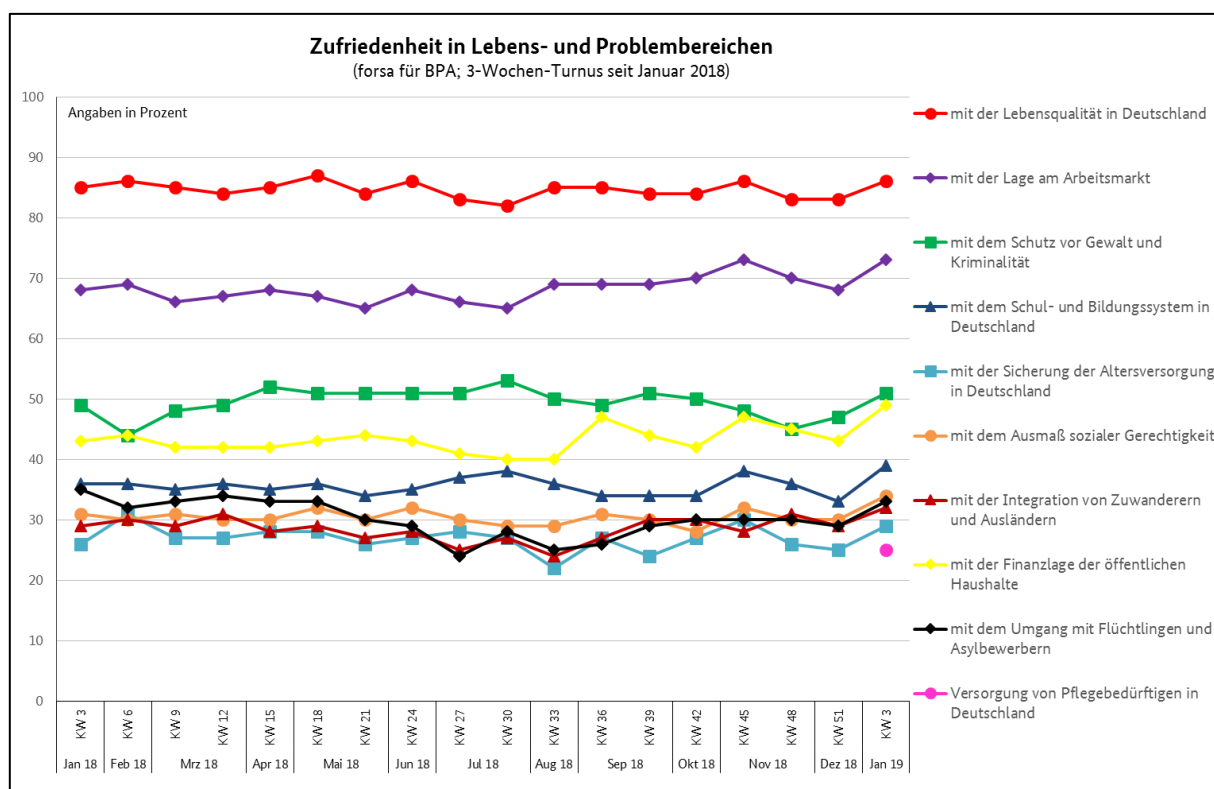
forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2018

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden		weniger bzw. gar nicht zufrieden	
mit der Lebensqualität in Deutschland	86	(+3)	13	(-4)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	73	(+5)	22	(-5)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	(+4)	47	(-5)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	49	(+6)	43	(-8)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	39	(+6)	59	(-5)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34	(+4)	64	(-5)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	33	(+4)	62	(-6)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	32	(+3)	65	(-2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	29	(+4)	69	(-4)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	25	(neu)	71	(neu)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.			

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (73 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (51 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sechs von zehn Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Männer (56 %) sowie Anhänger der Linkspartei (74 %), der Grünen (68 %), der FDP (60 %) und der SPD (58 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (67 % zu 46 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (62 % zu 40 %) und Gutverdiener häufiger als Gering- bzw. Mittelverdiener (60 % zu 46 %). Ostdeutsche (54 %) und Frauen (52 %) sowie Anhänger der AfD (76 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

45- bis 59-Jährige (80 %) sowie Anhänger der SPD (77 %), der Grünen (76 %) und der Linkspartei (75 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen.



Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

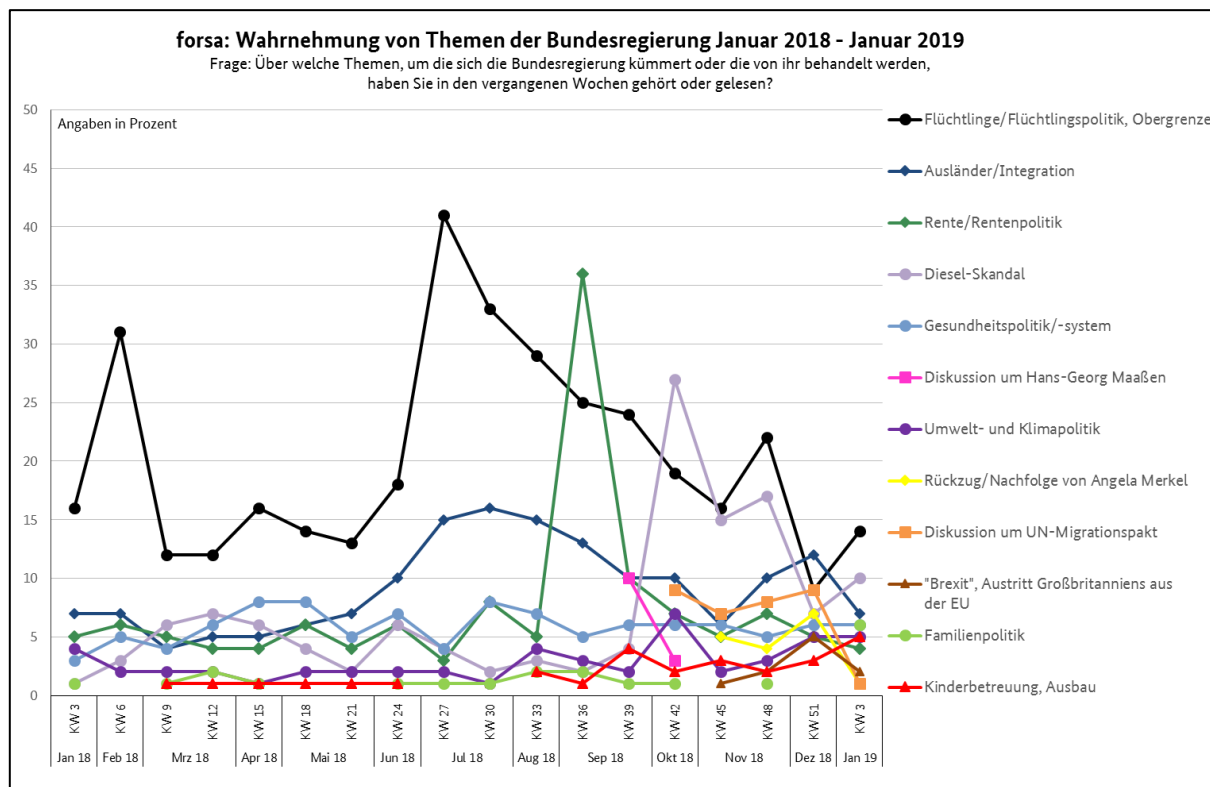
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2018

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	14 (+5)
Diesel-Skandal	10 (+3)
Ausländer/Integration	7 (-5)
Familienpolitik	6 (+6)
Gesundheitspolitik/ -system	6 (-)
Umwelt- und Klimapolitik	5 (-)
Kinderbetreuung	5 (+2)
Erhebungszeitraum	07.-11.01.

Die Flüchtlingspolitik und der Diesel-Skandal sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der FDP (19 %), der Union und der Linkspartei (jew. 18 %) genannt.

Der Diesel-Skandal wird besonders oft von 45- bis 59-Jährigen (15 %) und von Anhängern der AfD (16 %) genannt. Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (15 % zu 5 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	36 (+33)
Wetter, Unwetter in Deutschland: Schneefälle in den Alpen	12 (+7)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	12 (-3)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	5 (-4)
Erhebungszeitraum	15.-16.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der SPD (43 %) und der Grünen (42 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (41 % zu 27 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (46 % zu 26 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (46 % zu 23 %). Anhänger der FDP (27 %) und der AfD (29 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

